

**DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 19. Juli 1963

Nummer 28/29

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1963

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv  
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung  
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung  
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-  
forschung, Essen

*Abgeschlossen in Berlin am 12. Juli 1963*

### Die Lage der Weltwirtschaft

Das mäßige wirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt hielt im ersten Halbjahr 1963 im ganzen gesehen unverändert an; die konjunkturellen Erwartungen verbesserten sich sogar. Der Welthandel expandierte nach Überwindung des durch Sondereinflüsse verursachten Rückgangs weiter. Die Industrieländer intensivierten ihren Handel untereinander, zudem erhöhten sich die Ausfuhren der Rohstoffländer. Die Preisentwicklung in den Industrieländern differenzierte sich in zunehmendem Maße. Auf den internationalen Rohstoffmärkten setzte sich eine steigende Preistendenz durch. Die Außenwirtschaftslage der Rohstoffländer verbesserte sich weiter leicht. Das nach wie vor bestehende Zahlungsbilanzgleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa wurde zum Teil durch enge Zusammenarbeit der Zentralbanken überbrückt.

#### Anhaltendes Wirtschaftswachstum in den USA bei unverändert hoher Arbeitslosigkeit

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat das Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr 1963 nominal um rund 6 vH und real um rund 4 vH — saisonbereinigt, umgerechnet auf Jahresbasis — zugenommen. Träger der wirtschaftlichen Expansion waren zunächst die Ausgaben der privaten Haushalte und der öffentlichen Hand sowie die Lagerinvestitionen. In den Frühjahrsmonaten haben die Anlageinvestitionen, vor allem die Aufwendungen für den Wohnungsbau, als

konjunkturelle Auftriebskräfte Bedeutung gewonnen. Das gemessen an den Erwartungen recht befriedigende Wirtschaftswachstum stand im ersten Halbjahr 1963 bis zu einem gewissen Grade unter dem Einfluß von Sonderfaktoren. So regten nicht zuletzt die Voreindeckungen der Stahlverarbeiter die Wirtschaftstätigkeit an; der nach der gütlichen Einigung der Sozialpartner in der Stahlindustrie nunmehr einsetzende Lagerabbau wird in den kommenden Monaten zwangsläufig retardierend wirken.

Der konjunkturelle Aufschwung brachte keine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Zwar stieg die Zahl der im Produktionsprozeß stehenden Arbeitskräfte — nach Ausschaltung der saisonalen Einflüsse — von Monat zu Monat kontinuierlich an. Jedoch bewegte sich bei gleichzeitig wachsendem Arbeitspotential die Arbeitslosenquote — ebenfalls saisonal bereinigt — in allen diesen Monaten auf dem überhöhten Niveau von annähernd 6 vH. Die Arbeitslosigkeit ist besonders ausgeprägt unter den Jugendlichen und den ungelerten Arbeitern. Die Konzentration der Arbeitslosigkeit auf diese Bevölkerungsschichten wirft insofern besondere sozialpolitische Probleme auf, als der Mangel an Ausbildung und Erfahrung sich nicht von heute auf morgen beheben läßt.

Die Investitionsplanungen der gewerblichen Wirtschaft unterlagen in jüngster Zeit stärkeren Schwankungen. Nach den zuletzt bekanntgewordenen Daten wollen die Unternehmungen ihre Ausgaben für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen

im Jahresdurchschnitt nominal um reichlich 5 vH erhöhen. Da im ersten Quartal dieses Jahres diese Aufwendungen noch abgenommen haben, ist in der zweiten Jahreshälfte mit einer nicht unbedeutend über den Jahresdurchschnitt hinausgehenden Fortschrittsrate zu rechnen. Spielen bei der erhöhten Investitionsbereitschaft einerseits die der Wirtschaft etwa vor Jahresfrist gewährten steuerlichen Anreize eine Rolle, so zwingt andererseits der zunehmende Konkurrenzkampf zur Modernisierung der Produktionsstätten. Eine weitere Zunahme der Aufwendungen in den kommenden Monaten lassen auch die Angaben über die Zahl der Wohnungsbaubeginne erwarten. Da gegenwärtig ein Wohnraumdefizit in den Vereinigten Staaten nicht mehr vorhanden ist, vielmehr das Angebot über die Nachfrage hinauszugehen tendiert, läßt sich die erhöhte Bautätigkeit in diesem Bereich in erster Linie mit steigenden Ansprüchen erklären.

Die öffentlichen Ausgaben sind seit Jahresfrist stärker als das Bruttosozialprodukt gestiegen. Die öffentliche Hand hat damit nicht nur entscheidend zur Einkommenssteigerung beigetragen, sondern durch einen annähernd gleichbleibenden Ausgabeüberschuß auch der Wirtschaft Liquidität zugeführt. Auch im Haushaltsjahr 1963/64 werden die Ausgaben der Bundesregierung und der Staaten und Gemeinden weiter zunehmen, doch wohl kaum mehr im bisherigen Tempo.

Wirkten zu Anfang des Jahres die Ausgaben der privaten Haushalte stark expansiv, so hat sich hier inzwischen ein Wandel durchgesetzt. In letzter Zeit scheinen die Verbrauchsausgaben nicht mehr mit der Einkommensentwicklung Schritt gehalten zu haben. Der Wille, dauerhafte Güter — vor allem Automobile — zu erwerben, und die Bereitschaft, sich weiterhin im bisherigen Ausmaß zu verschulden, haben ganz offensichtlich nachgelassen. Damit entfällt ein wichtiger Auftriebsfaktor, der die wirtschaftliche Entwicklung seit Herbst vorigen Jahres günstig beeinflußt hat.

Die seit Jahresbeginn zu beobachtende kontinuierliche Zunahme der Auftragseingänge bei der verarbeitenden Industrie hat sich im Mai nicht fortgesetzt. Einer Abnahme der Auftragseingänge im Bereich der Metall- und der Transportmittelindustrie stand eine Zunahme bei der Maschinenindustrie gegenüber. Insgesamt übertrafen die Auftragseingänge die allerdings auch nur verlangsamt gestiegenen Industriumsätze, so daß der Auftragsbestand sich weiter erhöht hat.

Bei dieser Konstellation der Nachfrage ist in den Vereinigten Staaten eine erneute Verlangsamung der Fortschrittsrate nicht auszuschließen, so daß zusätzliche Anregungen nach wie vor geboten erscheinen. Die Aussichten, daß eine die Wirtschaftstätigkeit stimulierende Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze noch in diesem Jahr in Kraft treten kann, sind gering. Es ist sogar fraglich, ob der Kongreß die Steuererleichterungen so rechtzeitig billigen wird, daß sie noch zum 1. Januar 1964 Gesetzeskraft erlangen.

Neben der hohen Arbeitslosigkeit geben die Zahlungsbilanzschwierigkeiten Anlaß zur Sorge. Die Leistungsbilanz hat auch im ersten Halbjahr 1963 mit Überschüssen etwa in Vorjahrshöhe ab-

geschlossen. Doch haben diese nicht ausgereicht, neben der Auslandshilfe den hohen privaten Kapitalexport zu finanzieren. Die günstige Entwicklung der Kosten-Preisrelation in den Vereinigten Staaten hat die Stellung der amerikanischen Exporteure im internationalen Wettbewerb gestärkt. Da unter den Ausfuhrsgütern der Vereinigten Staaten jedoch Rohstoffe und Nahrungsmittel, deren Absatz relativ preisunelastisch ist, ein großes Gewicht haben, werden sich die Vereinigten Staaten aus dem Warenverkehr nicht die Entlastung ihrer Zahlungsbilanz erhoffen können, die nötig ist, um das Vertrauen zum Dollar nachhaltig zu stärken.

#### Leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Westeuropa zu erwarten

Im ersten Halbjahr 1963 hat sich das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa nochmals verlangsamt. Dabei sind allerdings im ersten Quartal die Auswirkungen des strengen Winters sowie in einigen Ländern umfangreiche Streiks als Sondereinflüsse wirksam gewesen. Die Industrieproduktion entwickelte sich während der ersten Monate dieses Jahres ungünstiger als saisonüblich. Der Anstieg seit April darf noch nicht ausschließlich konjunkturell gewertet werden, da in ihm eine gewisse Kompensation für die vorangegangenen Ausfälle enthalten sein dürfte.

Besonders stark wurde im ersten Halbjahr 1963 durch die ungünstigen Witterungsbedingungen die Investitionstätigkeit beeinträchtigt, da die Produktion im Baugewerbe monatelang erheblich behindert war. Allein aus diesen Gründen verlangsamte sich das Wachstum der öffentlichen Investitionen, während die öffentliche Auftragserteilung unvermindert, in einigen Ländern, z. B. im Vereinigten Königreich und Schweden, sogar verstärkt zunahm. Die private Investitionsnachfrage expandierte in den meisten Ländern nur noch wenig.

Die Zunahme des privaten Verbrauchs hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres infolge der witterungs- und streikbedingten Einkommensausfälle etwas verlangsamt. Real wurde der private Verbrauch durch den starken Preisanstieg in den Wintermonaten zusätzlich beeinträchtigt. Im zweiten Quartal dürfte sich das Wachstum der Konsumentennachfrage nach dem Fortfall der hemmenden Faktoren wieder beschleunigt haben. Besonders kräftig hat sich seit dem Frühjahr die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen erhöht.

Im westeuropäischen Außenhandel wirkten sich neben den erwähnten Sonderfaktoren des ersten Quartals auch die Verschiffungsschwierigkeiten durch den Hafentarbeiterstreik in den USA aus. So kam es zunächst zu einem Rückgang der Ausfuhren, seit März zu einer um so stärkeren Belebung. Insgesamt hat sich im ersten Halbjahr die Expansion fortgesetzt, möglicherweise sogar verstärkt. Der Anstieg der Ausfuhren ging wieder zum weitaus größten Teil auf die Intensivierung des innereuropäischen Warenaustausches zurück. Die im vergangenen Jahr aufgetretene rückläufige Tendenz der Ausfuhren Westeuropas in die übrige Welt ist jedoch zum Stillstand gekommen. Die Lieferungen nach Afrika und dem Sowjet-

block haben sich im ersten Halbjahr 1963 sogar erhöht. An der Ausfuhrerxpansion waren alle westeuropäischen Länder beteiligt, überdurchschnittlich stark aber das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland.

Die Einfuhren Westeuropas aus Übersee nahmen im ersten Halbjahr 1963 bei Berücksichtigung der Sondereinflüsse konjunkturell weiter zu. Der streikbedingte Rückgang der Einfuhren aus den Vereinigten Staaten wurde bereits in den Frühjahrsmonaten mehr als ausgeglichen.

Obwohl der überhöhte Winterstand der Arbeitslosigkeit rasch abgebaut wurde, lag sie in verschiedenen Ländern noch über den entsprechenden Vorjahrszahlen. Die Auflockerungstendenzen auf den Arbeitsmärkten erleichterten den Arbeitskräftetransfer zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren und begünstigten damit die Produktionsausweitung in Bereichen mit Arbeitskräftemangel.

Die Lohnentwicklung war in der ersten Hälfte dieses Jahres in Westeuropa recht unterschiedlich. Nach den verfügbaren Daten hielt der Lohnanstieg in Frankreich unvermindert an und beschleunigte sich in Italien, während er sich in der Bundesrepublik Deutschland und im Vereinigten Königreich abschwächte.

In Frankreich und vor allem in Italien, d. h. in den Ländern mit den größten Lohnsteigerungen, war auch der Preisauftrieb am stärksten. Hier wirkten sich neben den Sondereinflüssen in den Wintermonaten auch die bestehenden Indexbindungen zwischen Preisen und Löhnen und deren Ausstrahlung auf das allgemeine Lohnniveau aus. In den übrigen Ländern ging die zeitweilige Intensivierung des Preisauftriebs allein auf die witterungsbedingten Verteuerungen zurück, die vor allem Nahrungsmittel und Heizmaterial betrafen. Die Tendenzen zur Beruhigung der Preisentwicklung bei industriellen Erzeugnissen sind in Übereinstimmung mit der Absatzsituation bei Investitionsgütern offensichtlich ausgeprägter als bei Konsumgütern.

Die in Frankreich und Italien ergriffenen Maßnahmen gegen die Teuerung erwiesen sich bisher weitgehend als wirkungslos. In Frankreich wird versucht, den Preisauftrieb durch verschiedene kredit- und zollpolitische Maßnahmen einzudämmen. Andererseits wurden die Tarife für bestimmte Energieträger bzw. öffentliche Dienstleistungen (Strom, Kohle, Bahntarife) heraufgesetzt. In Italien war die wirtschaftspolitische Aktionsfähigkeit vor allem im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen begrenzt, zumal dort die immer noch hohe Arbeitslosigkeit zusammen mit der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums Restriktionen größeren Ausmaßes schon aus wahltaktischen Gründen als unzweckmäßig erscheinen ließ. Die im ersten Halbjahr 1963 ergriffenen Maßnahmen beschränkten sich auf Einfuhrerleichterungen, die eine Fortsetzung des kräftigen Preisanstiegs nicht verhindern konnten. Angesichts des zunehmenden Handelsbilanzdefizits ließ die italienische Regierung die im vergangenen Jahr vorweggenommene Senkung der EWG-Binnenzölle auf den zum 1. Juli d. J. fälligen vertragsmäßigen Abbau anrechnen.

In Großbritannien und Schweden wurden die konjunkturanregenden Maßnahmen im ersten Halbjahr 1963 verstärkt. In beiden Ländern erhöhte die öffentliche Hand ihre Ausgaben für Investitionszwecke beträchtlich. Die britische Regierung gewährte steuerliche Erleichterungen für Unternehmer und Konsumenten. In Schweden erhielt vor allem die Unternehmernachfrage durch die Freigabe von Investitionsmitteln neue Impulse.

Im zweiten Halbjahr 1963 dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Westeuropa wieder etwas beschleunigen. Ist dies auch in erster Linie eine Folge der witterungsbedingten Produktionsausfälle in den Wintermonaten, so scheint doch in einigen Ländern auch die Nachfrage konjunkturell etwas stärker zu steigen. Die regionale Wachstumsdifferenzierung, die bisher namentlich zwischen dem Kontinent und dem Vereinigten Königreich bestand, wird sich merklich verringern.

Der wichtigste autonome Expansionsfaktor wird vorerst in den meisten Ländern die Nachfrage der öffentlichen Hand bleiben, besonders im Bereich der Anlageinvestitionen. Der private Verbrauch wird das seit dem Frühjahr 1963 wieder etwas beschleunigte Wachstum auch im zweiten Halbjahr fortsetzen, wobei jedoch eine stärkere Differenzierung von Land zu Land zu erwarten ist. Wie bisher wird das nominale Wachstum des privaten Verbrauchs in den Ländern mit dem stärksten Lohnauftrieb (Italien, Frankreich) am größten sein. Im Vereinigten Königreich werden die Steuererleichterungen den privaten Konsum zusätzlich stimulieren. Real dürften die Unterschiede in der Verbrauchszunahme zwischen den europäischen Ländern geringer ausfallen, da auch für das zweite Halbjahr 1963 eine Fortsetzung der kräftigen Preissteigerungen in Frankreich und Italien zu erwarten ist.

Die schwächste Nachfragekomponente wird vorerst noch die private Investitionstätigkeit bleiben. Jedoch kann als Folge der steuerlichen Anreize, der erleichterten Investitionsfinanzierung sowie der steigenden Kapazitätsauslastung in den kommenden Monaten mit einer gewissen Besserung der Investitionsneigung der Unternehmer gerechnet werden, die sich jedoch in den Investitionsausgaben kaum vor 1964 auswirken dürfte. Allein die Bauinvestitionen werden schon unter dem Einfluß der seit Jahresbeginn aufgestauten Nachfrage weiter zunehmen.

Die freundliche Grundtendenz der Ausfuhr Westeuropas dürfte sich fortsetzen, da das Wachstum in den USA anhält und sich auch die außenwirtschaftliche Lage anderer überseeischer Länder gebessert hat. Allerdings ist mit einer weiteren Verschlechterung der Wettbewerbssituation Westeuropas gegenüber den Vereinigten Staaten auf den Weltmärkten zu rechnen. Die inner-europäische Handelsverflechtung wird infolge der erneuten Binnenzollsenkungen in der EWG und der EFTA beschleunigt zunehmen.

#### Erneute Expansion des Welthandels

Unter dem Einfluß des Hafentarbeiterstreiks in den USA und des besonders strengen Winters war die Expansion des Welthandels um die Jahreswende 1962/63 vorübergehend zum Stillstand ge-

kommen. Seit Ende des Winters haben sich indessen die konjunkturellen Kräfte wieder durchgesetzt, die — im Einklang mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum in den Industrieländern — auf eine Fortsetzung der Welthandelsexpansion hinwirken. In den zum Teil außerordentlich hohen Zuwachsraten, die in den letzten Monaten im Außenhandel erzielt wurden, muß eine Reaktion auf die vorangegangenen Behinderungen gesehen werden. Die stärksten Impulse gingen von der steigenden Güternachfrage Westeuropas aus. Das kommt nicht nur in den kräftig zunehmenden innereuropäischen Handelsumsätzen zum Ausdruck, sondern auch in der steigenden westeuropäischen Einfuhr aus Nordamerika und den Entwicklungsländern.

#### Verbesserte außenwirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer

Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer hat sich in den letzten Monaten fortgesetzt, nicht zuletzt auf Grund der Preisentwicklung. Die Ausfuhrpreise für Nahrungsmittel und Rohstoffe sind gestiegen. Da die Einfuhrpreise zugleich wie schon seit Anfang 1962 weiter stabil geblieben sind, haben sich die terms of trade leicht zugunsten der Entwicklungsländer verändert.

Schon im vergangenen Jahr hatte die Ausfuhr der Entwicklungsländer fast im gleichen Ausmaß wie die der Industrieländer zugenommen, so daß ihr Anteil an der Weltausfuhr — zum ersten Mal seit mehreren Jahren — etwa konstant blieb. Die relativ günstige Ausfuhrentwicklung des letzten Jahres erklärte sich nicht zuletzt aus einer Wiederauffüllung der Rohstofflager in den USA sowie aus der höheren Nachfrage Westeuropas nach Nahrungsmitteln, die eine Folge der vorangegangenen schlechten Ernte in diesem Raum war. Seitdem diese Faktoren in geringerem Maße wirksam sind, ist an ihre Stelle mehr und mehr eine verstärkte Nachfrage Westeuropas nach industriellen Rohstoffen getreten. Trotz der Behinderung des Handelsverkehrs im Winter haben die westeuropäischen Industrieländer im ersten Halbjahr ihre Bezüge aus Entwicklungsländern, namentlich an Roh- und Brennstoffen, erhöht.

Obwohl sich die Ausfuhr der Entwicklungsländer im vergangenen Jahr und — soweit es bisher vorliegende Daten erkennen lassen — im bisherigen Verlauf dieses Jahres relativ günstig entwickelt hat, haben sie ihre Einfuhr nicht nennenswert gesteigert. Teilweise haben sie sogar die Einfuhrrestriktionen verschärft, vor allem Lateinamerika. Damit ist die Einfuhr der Entwicklungsländer insgesamt schon über zwei Jahre lang nur wenig gestiegen (1961 um 1 vH, 1962 um ca. 2 vH), was sich zweifellos sowohl auf ihr eigenes Wachstum als auch auf das der ganzen Weltwirtschaft nachteilig ausgewirkt hat. Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer ist also teilweise zu Lasten ihrer binnenwirtschaftlichen Entfaltung und der Expansion in den Industrieländern gegangen. Sie hat sich ferner in ihren Währungsreserven nur wenig niedergeschlagen. Im vergangenen Jahre haben ihre offiziellen Gold- und Devisenbestände sogar abgenommen, was offenbar mit Netto-

abflüssen kurzfristigen Kapitals zusammenhing. Möglicherweise sind damit kurzfristige Verpflichtungen abgedeckt worden, so daß sich die Netto-devisenposition insoweit verbessert hätte.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres stiegen jedoch die Devisenbestände der Entwicklungsländer verhältnismäßig stark. Das könnte dafür sprechen, daß die Nachfrage der Entwicklungsländer nach Erzeugnissen der Industrieländer in absehbarer Zeit wieder etwas zunehmen wird. Davon würde ein weiterer Impuls auf die Expansion des Welthandels ausgehen.

#### Leichter Anstieg der Preise für industrielle Rohstoffe

Die Lage auf den internationalen Märkten für industrielle Rohstoffe entwickelte sich im ersten Halbjahr 1963 weiterhin zugunsten der Angebotsländer. Die Rohstoffkäufe für den laufenden industriellen Bedarf nahmen wieder stärker zu; außerdem gingen von den Lagerdispositionen des Rohstoffhandels und der Rohstoffverarbeiter expansive Einflüsse auf die Rohstoffnachfrage aus. Gleichwohl vermochten nur die Anbieter einer relativ geringen Anzahl von Konsum- und Investitionsgüterrohstoffen (Blei, Zink, Zinn, Wolle) auf ihren Absatzmärkten höhere Preise zu erzielen. Die festere Preistendenz wurde hier durch eine restriktive Produktions- und Angebotspolitik (Blei und Zink) bzw. durch zeitweilige Interventionskäufe der Rohstoffproduzenten (Kupfer, Blei) unterstützt. Einige andere Märkte, auf denen dieses nicht der Fall war, standen unverändert im Zeichen eines Angebotsdrucks und entsprechend nachgebender Marktpreise (Kautschuk und Baumwolle).

Die weiterhin recht günstige weltkonjunkturelle Entwicklung läßt eine entsprechende Nachfragezunahme und mithin eine weitere graduelle Veränderung der Angebots-Nachfragekonstellation zugunsten der Rohstoffländer erwarten. Allerdings dürfte dies nicht ein viel höheres Preisniveau als das derzeitige ergeben. Hinzukommen müßten schon umfangreiche Eideckungen zur Auffüllung der Rohstofflager des Handels und der Verarbeiter, die indessen — angesichts der allgemeinen hohen Angebotselastizität — nicht sehr wahrscheinlich sind. Vielmehr dürften die Nachfrager in den nächsten Monaten Zurückhaltung bei der Lagerbildung üben, zumal die Ungewißheit über die Liquidationen der amerikanischen strategischen Vorräte noch immer nicht beiseite ist.

Die Rohstoffländer werden die Marktpreise nur dann nachhaltig zu ihren Gunsten beeinflussen können, wenn sie ihre laufende Marktproduktion besser als bisher mit der Aufnahmetätigkeit der in- und ausländischen Absatzmärkte abstimmen. Stützungskäufe der Produzenten und Preislimits vermögen nur vorübergehend die vielfach für die Rohstoffländer noch unbefriedigende Marktlage zu verändern; langfristig tragen sie aber mehr Störungen in die Märkte hinein, als sie Nutzen stiften.

#### Festere Preistendenzen auf den Agrarmärkten

Im Gegensatz zu den Märkten für industrielle Rohstoffe standen die Agrarmärkte im Zeichen

starker Preissteigerungen, insbesondere bei Zucker, Butter, einzelnen Ölsaaten, Schweinefleisch, Obst und Gemüse. Soweit die ungewöhnliche Frostperiode des vergangenen Winters diese Preisbewegung verursacht hatte, wurde inzwischen durch ein reichhaltiges Angebot eine weitgehende Normalisierung erreicht. Dies gilt insbesondere für Obst und Gemüse. Auf dem Buttermarkt ergab eine rückläufige Produktion in den wichtigsten Exportländern zunächst einen Rückgang der Vorräte, der aber mit der einsetzenden Weideperiode sein Ende fand. Für das kommende Halbjahr muß jedoch mit einer erneuten Verminderung der Vorräte der westeuropäischen Länder und fester Preistendenz gerechnet werden.

Auf dem Weltzuckermarkt zeichnet sich bis jetzt noch keine Entspannung ab, da die Zuckerproduktion des vergangenen Jahres trotz einer Ausdehnung der Anbauflächen hinter dem Verbrauch zurückgeblieben ist. Infolgedessen hat sich der Lagerabbau fortgesetzt und haben die Preise weiterhin ein hohes Niveau beibehalten. In Anbetracht dieser Vorratssituation wird auch die zu erwartende größere Ernte in den westeuropäischen Importländern aller Voraussicht nach keinen grundlegenden Wandel bringen können.

Die Weltmärkte für Brot- und Futtergetreide stehen noch unter den Auswirkungen der letztjährigen großen Ernte und bereits in Erwartung einer neuen guten Weltgetreideernte. Zusammen mit einer im kommenden Halbjahr sinkenden Nachfrage nach Futtergetreide, vor allem infolge rückläufiger Schweinebestände in Westeuropa, muß mit weiterhin geringem Absatz und relativ niedrigen Preisen auf diesem Markt gerechnet werden.

#### Ausblick

Die Tendenz zum konjunkturellen Gleichschritt hat sich in den letzten Monaten in den Industrieländern der westlichen Welt verstärkt. Das Ausmaß, in welchem die verfügbaren Ressourcen genutzt werden, ist allerdings nach wie vor sehr unterschiedlich. Während in den USA das derzeitige Expansionstempo in absehbarer Zeit keine volle Nutzung des Expansionspielraums gewährleistet und im Vereinigten Königreich auch im späteren Verlauf dieses Jahres die Produktionsfaktoren kaum schon voll ausgelastet werden dürften, hat sich in einzelnen kontinentaleuropäischen Ländern die Nachfrageexpansion vermindert und die Angebots-Nachfragekonstellation etwas entspannt. In Italien und Frankreich sind allerdings noch beträchtliche Preisauftriebstendenzen wirksam, die vor allem auf die anhaltende Steigerung der kontraktbestimmten Einkommen und die damit verbundene rasche Erhöhung der Lohnkosten zurückzuführen sind. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die Auslandskonkurrenz in zunehmendem Maße diesen Preissteigerungstendenzen entgegenwirken wird. Da auf diese Weise die Abwälzung zusätzlicher Kosten auf die Verbraucher erschwert wird, ergeben sich für die Gewinnentwicklung in diesen Ländern ungünstigere Perspektiven.

Demgegenüber hält in den USA und in denjenigen westeuropäischen Ländern, in denen die Kostensteigerung nunmehr ebenfalls weitgehend abgeklungen ist, die Tendenzverbesserung bei den Gewinnen an. Daraus könnte sich für diese Industrieländer ein günstigeres Investitionsklima ergeben. Die Entwicklung des Auftragseingangs der Investitionsgüterindustrien in den letzten Monaten läßt allerdings noch keinen grundlegenden Wandel der privaten Investitionsneigung erkennen. In den USA wurden die Pläne für die privaten Anlageinvestitionen für 1963 inzwischen sogar etwas nach unten revidiert. Aber nach wie vor wird für das zweite Halbjahr 1963 mit einem Wachstum, das merklich über die Zunahme des Sozialprodukts hinausgeht, gerechnet. Die zum Teil unvollständige Ausnutzung der industriellen Produktionskapazitäten hat in den anderen westlichen Industrieländern bisher einer Verstärkung der privaten Investitionsneigung entgegengewirkt. Wann die veränderte Tendenz der Gewinnentwicklung in einzelnen Ländern zu einer abermaligen Zunahme der Investitionsneigung führen wird, ist noch ungewiß. Auf jeden Fall kann aber für das zweite Halbjahr 1963 im Gesamtdurchschnitt der westlichen Industrieländer mit einer Aufrechterhaltung des gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempos gerechnet werden.

Die unterschiedlichen Preisbewegungen in den Industrieländern der westlichen Welt begünstigten in den letzten Jahren eine Entspannung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Diese Entspannung scheint sich in diesem Jahr nicht mehr fortzusetzen. Vor allem dürfte kaum noch mit einer weiteren Aktivierung der Leistungsbilanzen in den angelsächsischen Ländern zu rechnen sein. Demgegenüber werden die Leistungsbilanzüberschüsse Kontinentaleuropas wahrscheinlich nicht noch weiter zurückgehen. Die Entwicklung des Auftragseingangs aus dem Ausland in den letzten Monaten läßt hier in diesem Jahr eine erneute Beschleunigung des Exportwachstums erwarten. Offensichtlich haben sich für solche Industrieländer, in denen sich die Preisentwicklung weitgehend beruhigt hat, die Chancen verbessert, auf den internationalen Märkten stärker Fuß zu fassen. Der zum Teil unbefriedigende Inlandsabsatz in einzelnen europäischen Ländern führte zudem zu vermehrten Exportanstrengungen. Nicht zuletzt erklärt aber auch die etwas verbesserte Außenwirtschaftslage der Rohstoffländer das günstigere Exportklima.

Die Vereinigten Staaten können von einer Veränderung der Leistungsströme also gegenwärtig kaum eine Entlastung ihrer nach wie vor schwachen Zahlungsbilanzsituation erwarten, so daß zur Milderung des Zahlungsbilanzungleichgewichts zwischen den Vereinigten Staaten und Kontinentaleuropa auf eine Beeinflussung der Kapitalbilanz nicht verzichtet werden kann. Für die amerikanische Zahlungsbilanz stellt der anhaltende Strom langfristigen Privatkapitals nach Westeuropa eine

erhebliche Belastung dar. Der Ausgleich erfolgte bisher zum Teil durch kurzfristigen Kapitalexport Kontinentaleuropas, und zwar in erster Linie durch Stützungskredite der Zentralbanken. Da eine Annäherung der Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten und in Kontinentaleuropa nicht ausreichen würde, den Abfluß langfristiger Kapitalien aus den Vereinigten Staaten einzudämmen, wäre es zweckmäßig, wenn die amerikanische Regierung durch Einschränkung der steuerlichen Begünstigung von amerikanischen Kapitalerträgen im Ausland zu einer Verringerung des Defizits der Grundbilanz beitragen würde. Einer europäischen Zentralbankhilfe werden die USA allerdings so lange nicht entraten können, wie nicht ein verbessertes Investitionsklima, das sich aus den vorgesehenen Steuererleichterungen im kommenden Jahr ergeben könnte, Anreize für eine vermehrte Anlage von — in- und ausländischen — Kapitalien in den Vereinigten Staaten bietet.

## Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik stand in den ersten Monaten dieses Jahres unter dem Einfluß des extremen Winterwetters, das in einigen Bereichen zu beträchtlichen Produktionsausfällen geführt hat. Die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts betrug unter diesen Umständen im ersten Halbjahr 1963 nur 1 bis 2 vH; sie blieb damit hinter der Rate zurück, die an dieser Stelle im Dezember 1962 unter der Annahme normaler Witterungsbedingungen geschätzt worden war. Konjunkturrell setzte sich das Wachstum weiter fort, wenn auch etwas langsamer als im zweiten Halbjahr 1962.

Dabei hielt die schon im Verlauf des Jahres 1962 erkennbare konjunkturelle Entspannung an. Die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt ließen weiter nach, so daß der zusätzliche Kräftebedarf in den Bereichen, die, wie die Bauwirtschaft, nach wie vor unter dem Druck der Nachfrage stehen, leichter gedeckt werden konnte als bisher. Der Preisauftrieb verlor an Stärke. In der Industrie sind die Preissteigerungen bereits zum Stillstand gekommen; in anderen Bereichen haben sie sich spürbar verlangsamt. Im privaten Verbrauch hat sich diese Tendenz noch nicht durchgesetzt.

Die konjunkturelle Entwicklung hat nunmehr auch das Verhalten der Sozialpartner beeinflußt: Der Anstieg der Lohn- und Gehaltssätze schwächte sich ab und glich sich mehr und mehr dem Produktivitätsfortschritt an. Der Druck auf die Ertragssituation der Unternehmungen von dieser Seite her ließ nach.

Der Überschuß der Leistungsbilanz, der nur noch wenig zurückging, ergab zusammen mit einem verhältnismäßig hohen Aktivsaldo der Bilanz der langfristigen Kapitalbewegungen einen Zufluß an Währungsreserven, der ihre Beanspruchung durch unentgeltliche Leistungen nur geringfügig übertraf. So gesehen blieb das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gewahrt.

## Witterungsbedingte Einkommensausfälle

Der harte Winter hat auch die Einkommensbildung in den ersten Monaten dieses Jahres beeinträchtigt. Das Gesamteinkommen übertraf in der ersten Jahreshälfte 1963 das Vorjahrsniveau nur um etwa 4 vH; im zweiten Halbjahr 1962 hatte der Anstieg noch 7 bis 8 vH betragen. Der Vorjahrsvergleich gibt die konjunkturelle Entwicklung jedoch nur unzureichend wieder: Konjunkturell hat sich das Wachstum des Gesamteinkommens zwar auch verlangsamt, jedoch bei weitem nicht so stark, wie es in den genannten Zuwachsraten zum Ausdruck kommt. Dies gilt, wenn auch mit unterschiedlicher Stärke, sowohl für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch für diejenigen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die konjunkturelle Verlangsamung im Anstieg der Arbeitseinkommen war vor allem auf die ruhigere Lohnentwicklung zurückzuführen: Die Lohn- und Gehaltssätze wurden in letzter Zeit weniger stark erhöht als bisher, vor allem, da die konjunkturelle Entspannung Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein entsprechendes Verhalten nahelegte.

Diese Tendenz wird auch künftig anhalten; das geht u. a. aus den in jüngster Zeit vereinbarten Tarifverträgen hervor, die nicht nur geringere Lohnerhöhungen enthalten, sondern z. T. auch für längere Zeiträume gelten als bisher. Wenn trotzdem die Zuwachsrate der Lohn- und Gehaltssumme im zweiten Halbjahr 1963 größer sein dürfte als im ersten, so allein deshalb, weil sie im ersten Halbjahr durch die kältebedingten Ausfälle an Arbeitsstunden und Entgelten herabgedrückt worden war.

Lohnentwicklung und Produktivitätsfortschritt dürften sich weiter angleichen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im ersten Halbjahr kaum gestiegen waren, werden nunmehr wieder stärker zunehmen. Dies gilt sowohl für die Brutto- als auch für die Nettoeinkommen. Vor allem aber gilt es für die unverteilten Gewinne; sie waren seit Mitte 1960 zurückgegangen. Diese Phase ist nunmehr offenbar beendet.

## Keine weitere Verlangsamung im Wachstum der Investitionsausgaben

Das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen hat sich während des ersten Halbjahrs konjunkturell nicht weiter verlangsamt. Die Ausgaben für Ausrüstungen nahmen nach wie vor schwächer zu als das Bruttosozialprodukt; sie trugen im letzten halben Jahr nur noch wenig zur Expansion der Gesamtnachfrage bei.

Die sich abzeichnende günstigere Entwicklung der unverteilten Gewinne sowie die Besserung des Auslandsgeschäfts sprechen dafür, daß sich das Investitionsklima nicht mehr weiter verschlechtert. Schon in den letzten Monaten sind die Inlandsbestellungen im Maschinenbau konjunkturell nicht mehr gesunken; sie tendieren zur Zeit eher leicht nach oben. Ob diese Tendenz die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen bereits im zweiten Halbjahr 1963 beeinflussen werden, bleibt

abzuwarten. Jedenfalls werden die verstärkten Investitionsanstrengungen einiger Wirtschaftszweige, die sich in steigenden Auftragseingängen aus dem Inland für Baumaschinen, landwirtschaftliche Maschinen, Büromaschinen sowie Kunststoffmaschinen niedergeschlagen haben, hier bereits in der zweiten Jahreshälfte zu erhöhten Ausgaben für Ausrüstungsgüter führen.

Die gesamten Inlandlieferungen der heimischen Investitionsgüterproduzenten werden somit geringfügig steigen, so daß, zusammen mit der wohl nach wie vor verhältnismäßig stark zunehmenden Investitionsgütereinfuhr ein leichtes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im nächsten halben Jahr erwartet werden kann. Die Preise für Investitionsgüter dürften, wie schon seit Anfang des Jahres, nicht mehr steigen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wurde die Bautätigkeit stärker noch als im Vorjahr durch die extrem ungünstigen Witterungsverhältnisse beeinträchtigt. Die günstigere Arbeitsmarktlage erleichterte zwar die Bemühungen der Bauwirtschaft, die durch die Frostperiode entstandenen Rückstände aufzuholen; trotzdem wurde das Produktionsvolumen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums nicht erreicht.

Die Bauwirtschaft wird im zweiten Halbjahr ihr Angebotspotential beträchtlich erweitern können, weil die Möglichkeit besteht, das Arbeitsvolumen sowie die Produktivität erheblich zu steigern. Das Angebotspotential dürfte sich um etwa 10 vH über den im Vorjahr erreichten Umfang vergrößern lassen. Nichts deutet darauf hin, daß diese Kapazitäten nicht ausgelastet werden.

Das Wachstum wird weitgehend vom Tiefbau getragen werden. Hier steigt die Nachfrage unverändert stark. Auch im öffentlichen Hochbau wächst die Nachfrage nach wie vor. Bei den vorhandenen Beständen an genehmigten Hochbauprojekten dürfte die rückläufige Entwicklung der Genehmigungen an Wohnbauten und vor allem an gewerblichen Bauten das Volumen der im zweiten Halbjahr fertiggestellten Hochbauten unbeeinflusst lassen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß der reale Bauüberhang am Ende dieses Jahres etwas geringer sein wird als vor einem Jahr. Der steigende Trend der Bauleistungspreise dürfte sich im Verlauf des Jahres weiter abschwächen.

#### Kräftig steigende Exporte

Der Leistungsbilanzüberschuß (im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) hat im ersten Halbjahr 1963 das Vorjahrsniveau wiederum unterschritten. Der Überschub der Warenbilanz nahm noch etwas ab. Bestimmend hierfür waren jedoch ausschließlich die stark erhöhten Rüstungsgütereinfuhren. Der Saldo der kommerziellen Warenbilanz hat dagegen bereits wieder eindeutig steigende Tendenz. Im Dienstleistungsbereich war das Defizit nur noch geringfügig höher als vor einem Jahr. Das Nachlassen der Passivierungstendenz ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben im Reiseverkehr weniger stark gestiegen sind als bisher.

Die Warenausfuhr nahm nach Fortfall der durch den strengen Winter verursachten Transportstörungen wieder lebhaft zu. Neben der Reaktion auf die witterungsbedingten Behinde-

rungen zeichnete sich eine konjunkturelle Expansion der Ausfuhr ab. Diese Ausfuhrbelebung ist vor allem das Ergebnis verstärkter Exportbemühungen der deutschen Industrie, die angesichts des abgeschwächten Wachstums der Inlandsnachfrage unternommen wurden. Kosten- und Preissteigerungen in europäischen Konkurrenzländern sowie die Verkürzung der deutschen Lieferfristen erleichterten den Erfolg dieser Bemühungen, der sich seit Ende des letzten Jahres in stark steigenden Auftragseingängen aus dem Ausland niedergeschlagen hat. Die Ausführpreise für gewerbliche Erzeugnisse sind seit einiger Zeit im allgemeinen stabil geblieben.

Die Entwicklung der kommerziellen Wareneinfuhr war nach dem witterungsbedingten starken Rückgang zum Jahresbeginn konjunkturell leicht aufwärts gerichtet. Die Nahrungsmittelfuhr ist seit einiger Zeit nicht mehr gesunken; die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren hat seit dem Frühjahr wieder etwas zugenommen. Dagegen hat sich der Anstieg der kommerziellen Fertigwareneinfuhr im Zusammenhang mit dem verminderten Nachfragewachstum im Inland in den letzten Monaten verlangsamt.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Wareneinfuhr im zweiten Halbjahr 1963 konjunkturell verstärkt zunehmen wird. Da die Ernte in diesem Jahr vor allem bei Getreide und Futtermitteln eher günstiger als im Vorjahr ausfallen und zudem die Nachfrage nach Futtermitteln zurückgehen wird, ist kaum zu erwarten, daß die ernährungswirtschaftlichen Einfuhren insgesamt wieder steigen werden. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren dürfte konjunkturell weiterhin nur leicht zunehmen, da weder von der Produktionsentwicklung in der Bundesrepublik noch von den zu erwartenden Preisbewegungen auf den Märkten für industrielle Rohstoffe nachhaltige Anregungen ausgehen werden. Auch die Einfuhr von kommerziellen Fertigwaren wird vermutlich kaum stärker steigen als bisher.

Die Warenausfuhr wird in der zweiten Jahreshälfte konjunkturell eher beschleunigt zunehmen. Dafür spricht die starke Expansion des Auftragsengangs aus dem Ausland. Sie dürfte auch in den kommenden Monaten anhalten, da sich das wirtschaftliche Wachstum in den Hauptabnehmerländern der Bundesrepublik insgesamt nicht vermindern wird und die Kosten- und Preisentwicklung in wichtigen kontinentaleuropäischen Konkurrenzländern eine weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erwarten läßt.

Unter diesen Voraussetzungen wird der Überschub der Warenbilanz im zweiten Halbjahr 1963 im Vergleich zum Vorjahr wieder zunehmen. Das Defizit im Dienstleistungsbereich wird voraussichtlich im bisherigen Tempo steigen. Es kann somit angenommen werden, daß der Überschub der Leistungsbilanz etwa die gleiche Höhe wie im zweiten Halbjahr 1962 erreichen wird.

#### Verlangsamtes Wachstum von Einkommen und Verbrauch

Der witterungsbedingte Ausfall an Arbeits-einkommen in den ersten Monaten des laufenden Jahres wurde zum Teil durch vermehrte Einkom-

mensübertragungen, insbesondere in Form von Schlechtwettergelt, ausgeglichen; daher ist das Wachstum der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nur relativ wenig beeinträchtigt worden. Für das erste Halbjahr 1963 ergab sich eine Zuwachsrate von rd. 6 vH. Nur die öffentlichen Einkommensübertragungen dürften eine höhere Zuwachsrate erreicht haben.

Langsamer als die Einkommen haben sich die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte erhöht; ihre Wachstumsrate dürfte im ersten Halbjahr 1963 rund 5 vH betragen. Das spricht dafür, daß die Ersparnis etwas rascher zugenommen hat als das Einkommen.

Das Preisniveau des privaten Verbrauchs ist zu Beginn des Jahres stark gestiegen, insbesondere infolge der witterungsbedingten Verteuerungen der Nahrungsmittel und der Brennstoffe, daneben aber auch wegen der administrativ zugelassenen bzw. verfügten Preiserhöhungen (Mieten, Postgebühren, Bahntarife). Besonders starke Preissteigerungen waren im Winter in denjenigen Bedarfsgruppen des privaten Verbrauchs eingetreten, in denen die Nachfrage der Menge nach auf Preisveränderungen nur wenig reagiert. Von diesen Gruppen wurde daher ein so großer Teil der Ausgaben beansprucht, daß für andere Gruppen, insbesondere für langlebige Verbrauchsgüter, weniger ausgegeben wurde als zuvor, zumal die privaten Haushalte, aus welchen Gründen auch immer, ihre Spartätigkeit nicht einschränkten.

Die witterungsbedingten Verteuerungen sind im weiteren Verlauf des ersten Halbjahres zum Teil wieder abgeklungen. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres übertraf das Preisniveau des privaten Verbrauchs das Vorjahrsniveau indes noch so stark, daß die Wachstumsrate des realen Verbrauchs nicht einmal halb so groß war wie die der nominalen Ausgaben.

Im zweiten Halbjahr wird der private Konsum konjunkturell kaum rascher zunehmen als bisher. Die Wachstumsrate dürfte allerdings etwas größer sein als im ersten, da nun die negativen Einflüsse der ungünstigen Witterung auf das Einkommen, speziell auf die Lohn- und Gehaltssumme, nicht mehr wirksam sind. Von den Einkommensübertragungen und den verteilten und entnommenen Gewinnen sind ebenfalls keine neuen Impulse auf den privaten Verbrauch zu erwarten, ebensowenig wohl von einem Wandel in der Sparneigung.

Auf Grund des zu erwartenden Rückgangs des Angebots an tierischen Veredelungsprodukten und der angeordneten Erhöhung der Trinkmilchpreise kann künftig bestenfalls mit gleichbleibenden Nahrungsmittelpreisen gerechnet werden. Wie schon im ersten Halbjahr sind neue Anhebungen der Mieten für Altbauten vorgesehen. Andererseits wird sich bei den gewerblich erzeugten Verbrauchs- und Gebrauchsgütern die im Erzeugerbereich bereits seit einiger Zeit vorherrschende Preisberuhigung auf den verbrauchsnahe Märkten vermutlich weiterhin durchsetzen.

#### Geringere Expansion der öffentlichen Ausgaben im Inland

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen haben zwar auch im ersten Halbjahr 1963 stärker als das

Sozialprodukt zugenommen, jedoch ist die Spanne erneut kleiner geworden. Die schon seit längerem zu beobachtende Tendenz nachlassender Wachstumsraten setzte sich weiter fort und wurde durch die Produktions- und Einkommensausfälle während der ersten Monate des Jahres noch verstärkt. Das zeigte besonders deutlich das Aufkommen der Umsatzsteuer. Relativ niedrig waren ferner die Zahlungen an veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Hier wirkt sich die Abschwächung in der Gewinnentwicklung seit 1961 immer deutlicher aus. Insgesamt stiegen die öffentlichen Einnahmen um etwa 6 vH, während sie im Jahre 1962 um 10 vH und im Jahre 1961 um 13 vH zugenommen hatten.

Der kräftige Anstieg der Ausgaben für den öffentlichen Verbrauch hielt nahezu unvermindert an. Wiederum nahm der militärische Verbrauch besonders stark zu. Allerdings stieg hierbei der Anteil der Rüstungseinfuhren sehr stark an. Die Bezüge aus dem Inland haben dagegen bedeutend schwächer als 1962 zugenommen. Die zivilen Verbrauchsausgaben des Staates sind etwas weniger als bisher gestiegen, obwohl die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen in diesem Jahr für einen früheren Zeitpunkt als im Vorjahr vereinbart wurden.

Die öffentlichen Ausgaben für Einkommens- und Vermögensübertragungen (Sozialleistungen, Wiedergutmachung u. ä.) nahmen weiterhin zu, wenn auch schwächer als bisher. Die vermögenswirksamen Ausgaben haben sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 1962 kaum geändert. Dies war vornehmlich durch den strengen Winter bedingt: Die Eigeninvestitionen des Staates sind nur leicht gestiegen, die Darlehen und Zuschüsse erreichten nicht das Vorjahrsniveau.

Der Aufwand des Staates für Verbrauch, Transfer und Investitionen ist im ersten Halbjahr 1963 mit 11 vH fast doppelt so rasch gestiegen wie die Einnahmen. Wesentlich schwächer und nur wenig stärker als die Einnahmen erhöhten sich dabei die Ausgaben im Inland. Der inlandswirksame Überschuß war etwa ebenso groß wie in der ersten Hälfte des Jahres 1962.

Kommt es zu der erwarteten Zunahme des Sozialprodukts, so ist wieder mit einem stärkeren Anstieg der öffentlichen Einnahmen zu rechnen. Die Gesamtaufwendungen des Staates werden trotz kräftig steigender Ausgaben für öffentliche Investitionen weniger wachsen als bisher. Die Inlandsausgaben werden dabei vermutlich zwar wieder etwas rascher zunehmen, der inlandswirksame Überschuß dürfte sich jedoch eher wieder erhöhen.

#### Kräftig erhöhter Wertpapierabsatz

Der Kapitalmarkt erwies sich in den ersten Monaten dieses Jahres erneut als sehr ergiebig. Die Zunahme des Nettoabsatzes von festverzinslichen Wertpapieren entfiel zum überwiegenden Teil auf öffentliche Anleihen. Von den Realkreditinstituten wurde der Markt hingegen nicht zusätzlich beansprucht. Das Kapitalzinsniveau blieb wegen der hohen Nachfrage, an der sich ausländische Anleger stark beteiligten, nahezu unverändert. In der jüngsten Zeit sind die Emissionen allerdings nicht mehr so reibungslos wie vordem

untergebracht worden. Offensichtlich hat die Nachfrage des Auslandes nachgelassen. Die Nettokäufe der Banken, die schon seit längerem abnehmen, gaben für die Absatzlage wieder den Ausschlag.

Die Liquidität der Kreditinstitute hat sich im ersten Halbjahr weiter verringert. Zwar hat sich der Devisenzustrom von der Wirtschaft zu den Geschäftsbanken beträchtlich erhöht, da — wie erwähnt — der kommerzielle Leistungsbilanzüberschuß und der private Kapitalimport (Wertpapierverkehr) wieder gestiegen sind. Der Liquiditätszustrom wird jedoch nach wie vor vom Liquiditätsentzug durch die öffentliche Hand und die übrigen Faktoren (Bargeldbedarf und Mindestreserven) übertroffen. Die Banken haben den sich hieraus ergebenden Liquiditätsbedarf überwiegend durch Einreichung von Wechseln bei der Bundesbank gedeckt, weil die Rückgabe von inländischen Geldmarktpapieren und die Auflösung von Auslandsanlagen kostspieliger gewesen wären. Die Bevorzugung der Rediskontierung ist nicht zuletzt eine Folge der Geldmarkt- und Swapsatzpolitik der Bundesbank, mit der eine stärkere Fluktuation der Auslandsanlagen deutscher Geschäftsbanken verhindert werden soll.

Die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank sind tendenziell leicht gestiegen. Die Devisenposition der Geschäftsbanken scheint sich

— soweit bisher erkennbar — dagegen nicht nennenswert geändert zu haben. Die volkswirtschaftlichen Währungsreserven, die im vergangenen Jahr abgenommen hatten, sind somit geringfügig gewachsen.

### Ausblick

Für das zweite Halbjahr 1963 ist eine erheblich höhere Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts zu erwarten, als sie im ersten Halbjahr unter dem Einfluß der anomalen Witterung zustande kam. Obwohl das Arbeitsvolumen kaum größer sein dürfte als vor einem Jahr, das Wachstum also allein vom Produktivitätsfortschritt abhängt, kann mit einem um 4 bis 5 vH höheren realen Sozialprodukt gerechnet werden. Auch konjunkturell gesehen, d. h. unter Ausschaltung der saisonalen und Zufallseinflüsse (wie z. B. Witterungsanomalien), bringt das zweite Halbjahr 1963 eine gewisse Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums mit sich. Das Gesamtangebot wird aber nicht nur durch die Entwicklung der Inlandsproduktion, sondern auch durch verhältnismäßig kräftig zunehmende Güter- und Dienstleistungsimporte angereichert werden. Die Konstellation der die Gesamtnachfrage bestimmenden

## Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

### Vorausschätzung für das Jahr 1963

Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

	1962	1963	1962		1963	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Entstehung des Sozialprodukts (real)						
Beschäftigte Arbeitnehmer . . . . .	1,8	1,0	2,0	1,6	1,1	0,9
Arbeitszeit <sup>1)</sup> . . . . .	-1,6	-2,0	-2,0	-1,2	-3,0	-0,7
Arbeitsvolumen . . . . .	0,2	-0,9	±0,0	0,4	-2,0	0,2
Produktivität <sup>2)</sup> . . . . .	3,8	4,1	3,5	4,2	3,8	4,4
Bruttoinlandsprodukt . . . . .	4,1	3,0	3,5	4,5	1,5	4,5
Einkommensbildung (nominal)						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	10,6	6,5	10,5	10,5	6,0	7,0
Nettolohn- und Gehaltssumme . . . . .	9,9	5,5	10,0	9,5	5,0	6,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen . . . . .	4,0	4,5	3,5	4,5	1,0	7,5
Nettogewinne <sup>3)</sup> . . . . .	1,2	4,5	-1,0	3,0	±0,0	8,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>4)</sup> . . . . .	9,0	6,0	9,5	8,5	5,5	6,0
Verwendung des Sozialprodukts (nominal)						
Privater Verbrauch . . . . .	9,0	5,5	10,5	8,0	5,0	6,0
Staatsverbrauch . . . . .	14,2	11,0	12,0	16,0	14,0	8,5
Ausrüstungsinvestitionen . . . . .	7,8	2,5	8,0	7,5	1,5	3,0
Bauinvestitionen . . . . .	12,6	8,0	11,0	13,5	±0,0	14,5
Ausfuhr . . . . .	5,2	6,0	3,5	6,5	5,0	7,0
Einfuhr . . . . .	10,1	7,0	10,0	10,0	7,0	7,0
Bruttosozialprodukt . . . . .	8,5	6,0	8,5	8,5	4,5	7,0
Preisniveau						
Privater Verbrauch . . . . .	3,1	3,0	3,5	2,5	3,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen . . . . .	2,9	1,0	3,0	3,0	1,0	0,5
Bauinvestitionen . . . . .	8,0	5,5	9,0	7,0	6,0	5,0

Anmerkung: Jahreszahlen 1962 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Zahlen für 1963 und Halbjahreszahlen Schätzungen der beteiligten Institute.

<sup>1)</sup> Einschl. Veränderung der Zahl der Arbeitstage. — <sup>2)</sup> Reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde. — <sup>3)</sup> Ohne Erwerbseinkünfte des Staates. — <sup>4)</sup> Ohne Vermögensübertragungen.

Kräfte wird sich ändern: Die Bauinvestitionen dürften konjunkturell unvermindert kräftig zunehmen; bei den Ausrüstungsinvestitionen ist dagegen weiterhin mit einer nur geringen Ausweitung zu rechnen. Das kräftige Wachstum der Warenexporte wird voraussichtlich anhalten. Demgegenüber wird sich die Expansion des öffentlichen Verbrauchs merklich abschwächen; sie wird aber trotzdem noch etwas stärker bleiben als die des nominalen Sozialprodukts. Wegen der Mäßigung im Anstieg der Löhne wird sich auch das Wachstumstempo der Ausgaben für den privaten Verbrauch verlangsamen.

Bei dieser Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird das gesamtwirtschaftliche Preisniveau weniger steigen als bisher und die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt anhalten.

Aus all dem ergibt sich, daß es nach wie vor nicht angebracht wäre, das Expansionstempo der Gesamtnachfrage wirtschaftspolitisch zu beeinflussen. Besonders unangebracht wäre eine Konjunkturpolitik, die auf eine weitere Minderung des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben abzielen würde. Aber auch expansiven Maßnahmen ist im Augenblick nicht das Wort zu reden.

Sollte sich allerdings der Beitrag der öffentlichen Hand zur Expansion der Gesamtnachfrage noch stärker verringern als gegenwärtig zu

erwarten ist, dann wäre es fraglich, ob die Wirkungen, die von der Verstärkung des Wachstums der Ausfuhr ausgehen, ausreichen werden, die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen in befriedigenden Bahnen zu halten.

Zu begrüßen wäre aus prinzipiellen Gründen, daß die institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen für eine straffere Koordinierung der Ausgaben der öffentlichen Hand im weitesten Sinne, also nicht nur der Gebietskörperschaften, sondern auch der vom Staat beeinflussten Einrichtungen und Unternehmungen, wie Lastenausgleichsfonds, Bundesbahn und Bundespost, geschaffen würden, um sie rascher und besser den jeweiligen konjunkturpolitischen Erfordernissen anpassen zu können. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß der konjunkturpolitisch manipulierbare Teil dieser Ausgaben, der bisher allzu sehr auf Bauinvestitionen ausgerichtet war, in seiner Zusammensetzung und damit in seiner Wirkungsrichtung flexibler gestaltet wird. Außerdem sollte Vorsorge getroffen werden, daß die konjunkturpolitische Aktivität nicht durch unzureichende und nicht rechtzeitige Bereitstellung der Finanzierungsmittel gehemmt wird.

Im Augenblick braucht allerdings von der Möglichkeit einer solchen Umlenkung der öffentlichen Nachfrage kein Gebrauch gemacht zu werden, da die Übernachfrage am Baumarkt abklingt.

1. Beilage zum Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

30. Jahrgang

Berlin, den 19. Juli 1963

Nr. 28/29

Gegenstand *)	Einheit †)	1962										1963				
		April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
<b>Anzahl der Werktage</b>		19,8	21,8	20,2	22,8	23,7	21,0	28,8	21,2	19,2	22,8	20,8	22,0	20,8	21,8	
<b>Kredite an Nichtbanken <sup>12)</sup></b>																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	2398	2792	2654	2487	2746	2438	2322	2446	3012	2222	2310	2253	2281	2291
Kreditbanken	"	"	50952,8	51417,9	52867,0	52639,5	52690,5	53697,3	52894,3	53321,7	54905,7	54041,7	54751,9	55380,4	55261,2	"
an Wirtschaft u. Private	"	"	42859,9	43178,8	44520,2	44384,8	44471,9	45316,3	44648,0	44942,3	46345,6	45444,8	46133,6	46909,4	46813,0	"
kurzfristige Kredite	"	"	67,7	67,7	68,1	67,4	66,8	66,9	65,7	65,3	65,6	64,5	64,4	64,5	64,1	"
dar. Wechselkredite	"	"	28,2	28,5	28,1	28,3	28,0	27,6	27,3	27,1	28,9	28,9	27,1	26,9	27,0	"
mittelfristige Kredite	"	"	13,1	13,0	13,2	13,6	14,0	14,0	14,7	15,0	15,3	16,0	16,1	16,2	16,2	"
langfristige Kredite	"	"	19,2	19,3	18,7	19,0	19,2	19,1	19,6	19,7	19,1	19,5	19,5	19,3	19,7	"
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	1442,0	1484,2	1544,3	1535,0	1506,1	1576,2	1593,5	1602,8	1644,5	1567,6	1588,2	1553,9	1595,0	"
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	6650,9	6754,9	6622,5	6719,7	6712,5	6804,7	6646,8	6776,6	6915,4	6929,3	7030,1	6917,1	6853,2	"
<b>Übrige Kreditinstitute <sup>1)</sup></b>																
an Wirtschaft u. Private	"	"	140150,0	14242,4	144372,6	146043,1	147807,1	149728,3	151455,4	153502,3	154802,8	157248,5	158727,2	160726,7	162228,9	"
kurzfristige Kredite	"	"	98501,0	10083,6	101679,3	102635,6	103902,4	105568,6	107023,5	108663,9	110115,6	110718,9	111816,1	113345,9	114527,5	"
dar. Wechselkredite	"	"	19,3	19,2	19,5	18,9	18,5	18,9	18,5	18,4	18,4	18,3	18,4	18,9	18,6	"
mittelfristige Kredite	"	"	6,9	7,0	6,8	6,8	6,7	6,7	6,6	6,5	6,6	6,5	6,5	6,6	6,6	"
langfristige Kredite	"	"	8,4	8,4	8,6	8,7	8,8	8,8	8,9	9,0	9,0	9,0	8,9	8,9	9,1	"
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	23707,4	24038,8	24284,5	24762,7	24964,4	25184,5	25398,4	25776,3	25792,3	26749,1	26782,2	27028,2	26956,5	"
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	17941,6	18301,8	18408,8	18644,8	18940,3	18975,2	19093,5	19042,1	18694,9	19780,5	20128,9	20352,6	20744,9	"
<b>Bargeldumlauf und Bank-einlagen <sup>13)</sup></b>																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	23343	23479	23821	23653	24009	24330	23910	24997	24164	23631	24402	24812	24491	25295
Sicht- u. Termineinlagen, ges. <sup>12)</sup>	"	"	61799	63350	63482	64031	63336	64987	64238	64406	67459	64615	64533	65225	65389	65771
von Wirtschaft und Privaten	"	"	42757	43446	42926	43854	44012	43690	45215	45608	47699	45193	45068	44188	45950	46302
Sichteinlagen	"	"	70,8	70,8	71,7	72,1	72,1	72,2	72,0	72,3	72,7	70,5	70,1	69,9	70,0	70,3
Termineinlagen	"	"	29,2	29,2	28,3	29,9	29,9	27,8	28,0	27,7	27,3	29,5	29,9	30,1	30,0	29,7
von deutschen öffentl. Stellen <sup>12)</sup>	Mill. DM	"	19042	19904	20556	20177	19324	21297	19023	18798	19760	19422	19465	21042	19389	19469
Sichteinlagen bei Kreditinst. außerh. d. Zentralbanksystems	"	"	19,7	20,5	19,6	18,4	20,1	19,2	19,4	22,8	21,0	21,4	23,2	19,6	20,5	22,0
Sichteinlagen beim ZBS <sup>12)</sup>	"	"	27,8	26,0	29,4	29,4	23,7	31,7	26,8	21,6	27,7	25,2	22,9	32,7	28,9	24,8
Termineinlagen	"	"	52,5	53,5	51,0	52,2	56,2	49,1	53,8	55,6	51,3	53,4	53,9	47,7	50,6	53,2
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	250	229	315	393	369	370	348	316	166	406	407	351	320	290
Spareinlagen	"	"	63673	64249	64602	65090	65567	66019	66660	66946	69254	71013	72254	73043	73541	74004
<b>Deutsche Bundesbank</b>																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	26473,4	26663,1	27282,2	27203,6	27287,6	28128,4	28387,0	28103,2	28037,7	27355,4	27423,7	27992,9	28029,8	28985,7
Gold	"	"	14437,9	14438,6	14439,3	14440,7	14441,4	14445,9	14447,2	14448,5	14490,1	14551,4	14684,7	14768,9	14769,6	14770,3
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	11767,0	11959,7	12547,5	12453,6	12558,0	13399,5	13715,2	13389,7	13218,5	12538,7	12492,8	12920,2	12934,3	13857,6
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	268,5	264,7	295,4	309,3	288,2	283,0	224,6	265,0	329,1	265,3	246,2	303,8	325,9	357,8
<b>Wertpapiermarkt</b>																
Absatz an festverz. Schuldver-schreibungen und Aktien <sup>2)</sup>	Mill. DM	S	995,1	1129,1	703,4	1869,4	1058,4	861,0	982,3	767,0	1087,4	2335,8	1477,9	1313,0	1592,7	1314,9
Pfandbriefe	"	"	25,7	24,2	38,0	21,5	33,1	37,1	36,3	35,6	40,1	20,2	16,5	22,1	15,8	21,3
Kommunalobligationen	"	"	18,5	19,1	24,9	13,2	17,4	12,8	12,2	18,0	12,2	16,5	15,9	26,1	23,7	23,1
Öffentliche Anleihen	"	"	26,1	11,5	2,8	34,1	34,0	8,8	31,4	0,1	23,0	33,1	43,1	5,8	39,3	31,8
Industrieobligationen	"	"	—	12,4	11,3	13,9	2,4	6,5	4,1	18,3	—	5,0	11,0	11,4	6,3	11,4
Aktien	"	"	22,6	13,5	7,4	8,9	7,7	5,1	10,9	17,6	20,6	4,5	6,5	13,2	1,9	3,0
Kursdurchschnitt <sup>3)</sup>	31.12.53	D	601	552	499	484	465	460	421	470	494	475	463	463	475	517
Aktien <sup>4)</sup>	"	"	102,37	102,34	102,20	102,25	102,24	102,13	101,40	101,48	101,85	115,24	116,00	116,55	116,88	116,94
4%ige Wertpapiere	"	"	114,66	114,85	114,61	114,88	115,02	114,96	113,61	113,39	114,09	115,24	116,00	116,55	116,88	116,94
5%ige Pfandbriefe	"	"	114,04	114,18	114,13	114,29	114,36	114,39	113,42	113,01	113,43	114,18	114,77	115,17	115,56	115,58
5%ige Kommunalobligationen	"	"	116,06	116,29	116,04	116,19	116,27	116,15	114,90	114,73	115,41	116,52	117,53	117,91	118,24	118,24
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	103,63	103,56	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61
8%ige Industrieobligationen <sup>5)</sup>	"	"	103,63	103,56	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61	103,61
<b>Finanzen</b>																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder <sup>6)</sup>	Mill. DM	S	4674,4	5344,8	8249,9	5175,3	5538,3	7998,0	5261,4	5725,5	9446,5	5801,5	4976,0	7979,9	4915,6	"
Besitz- und Verkehrsteuern <sup>7)</sup>	"	"	1970,0	2272,7	5420,4	2244,1	2308,8	5157,2	2002,2	2220,8	6313,4	2567,1	2174,7	5418,2	2131,7	"
Lohnsteuer	"	"	840,7	891,0	955,1	1034,6	1034,4	1102,6	1172,0	1141,9	1293,2	1418,0	978,1	806,8	914,4	956,4
Veranl. Einkommenst.	"	"	424,0	434,0	2328,4	391,4	258,2	2217,1	262,0	224,6	2631,4	424,3	328,5	2559,4	495,2	480,8
Körperschaftsteuer	"	"	218,5	176,2	1544,5	186,9	122,6	1447,8	120,3	122,7	1927,1	208,1	129,6	1538,4	199,7	160,3
Umsatzsteuer	"	"	1518,3	1615,5	1559,7	1622,5	1634,2	1611,1	1680,1	1787,2	1741,9	1945,1	1446,1	1334,5	1527,6	1600,8
Zölle und Verbrauchsst.	"	"	1053,0	1158,7	1212,2	1226,1	1263,6	1199,1	1531,6	1350,5	1343,2	1229,9	1019,4	1184,3	1189,6	1256,2
Lastenausgleichsabgaben <sup>8)</sup>	"	"	133,1	397,9	57,6	82,6	331,7	30,6	67,5	367,0	48,0	59,3	335,8	42,9	66,7	351,5
<b>Außenhandel</b>																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	3764	4363	4140	4203	3944	3885	4284	4443	4444	3745	3748	4666	4421	4512
Ausfuhr, insgesamt	"	"	4242	4666	4297	4483	4162	4356	4729	4590	4803	3801	3951	4982	4807	5168
Saldo <sup>9)</sup>	"	"	+ 478	+ 303	+ 157	+ 280	+ 218	+ 471	+ 445	+ 147	+ 359	+ 56	+ 203	+ 316	+ 386	+ 656
Einfuhrvolumen <sup>10)</sup>	"	"	4297	4954	4695	4741	4611	4520	5017	5017	5022	4347	4309	5408	5155	5299
Ausfuhrvolumen <sup>10)</sup>	"	"	4098	4430	4144	4269	4000	4192	4517	4436	4618	3608	3797	4888	4705	5097
Terms of Trade <sup>11)</sup>	1954=100	D	119,5	119,3	118,2	118,0	120,9	120,9	123,5	116,9	117,5	122,1	119,5	118,6	118,6	118,4
<b>Einfuhr</b>																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1155	1274	1263	1080	997	938	1110	1170	1238	935	930			

